

Die Inflation der Jahre 1922 und 1923 und ihre Auswirkungen auf das Kinzigtal anhand von Pfarr- und Schulchroniken

Von Michael Lapp

1. Einleitung

Die Hyperinflation des Jahres 1923 wirkt als Trauma bis heute nach: Geldscheine mit astronomischen Summen, mehrfach überdruckt. Bilder, auf denen zu sehen ist, wie zur Lohnzahlung wäschekörbeweise Geld beschafft wurde, welches kaum für die Bezahlung des Notwendigsten ausreichte. Kaufleute mussten täglich ihre Preise ändern, mitunter verwendeten sie Schiefertafeln, auf denen die tagesaktuellen Preise aufgeführt waren, die Vortagespreise wurden buchstäblich weggewischt. Handwerker, die ihr Material längerfristig besorgen mussten und ihre Arbeit über längere Zeit zur Verfügung stellten, ließen sich ihre Arbeit nicht selten in Naturalien entlohnen.

Dieser Beitrag ist nicht der Ort, die ökonomischen und politischen Hintergründe der Inflation darzustellen. Dies erfolgt lediglich skizzenhaft. Als aktuelle Literatur zum Thema sei auf die gut verständliche Überblicksdarstellung des Wirtschaftshistorikers Sebastian TEUPE zum Thema verwiesen.¹

Die Hyperinflation gilt als eine mittelbare Folge der Finanzierungspolitik des Ersten Weltkrieges. Anders als z. B. in Großbritannien erfolgte die Kriegsfinanzierung nicht mittels Steuererhöhungen, sondern über Anleihen. Die Absicht war es, nach dem gewonnenen Krieg – analog dem Vorgehen nach dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 – durch die eingeforderten Reparationszahlungen die Anleihen leicht zurückzahlen zu können. De facto wurde die Geldmenge erhöht und das Warenangebot reduziert, sodass mit dem Ende des Krieges 1918 die Mark hinsichtlich ihrer Kaufkraft im Innen- und Außenverhältnis bereits mehr als die Hälfte ihres Wertes verloren hatte. Während des Krieges waren die Preise kontrolliert worden, Preissteigerungen waren auf dem Schwarzmarkt aber bereits erkennbar. Eigentliche Ursache der ab 1919 allmählich steigenden Inflation, die ab Mitte 1922 in eine Hyperinflation überging, war die massive Ausweitung der Geldmenge durch den Staat aufgrund der hohen Reparationszahlungen. Verschärfend erwies sich seit Anfang 1923 der infolge der französischen Besatzung des Ruhrgebietes stattfindende sog. Ruhrkampf. Den von der Reichsregierung zum passiven Widerstand gegen die militärische Besatzung aufgerufenen Streikenden wurden die Lohnfortzahlung bzw. finanzielle Hilfe durch das Deutsche Reich versprochen. Das Geld dafür musste die Regierung jedoch durch die Druckerpresse

1 Vgl. Sebastian TEUPE: Zeit des Geldes. Die deutsche Inflation zwischen 1914 und 1923, Frankfurt am Main 2022.

erzeugen, wodurch die Geldvermehrung sich immer beschleunigte.² Erst mit dem Abbruch des Ruhrkampfes und einer Währungsreform unter Reichskanzler Gustav Stresemann konnte die Situation beruhigt werden.

Bei der Bewertung der Situation sollte allerdings zwischen dem Binnenwert, also der Preisniveaustabilität³, und dem Außenwert, dem Wechselkurs⁴ bzw. Devisenkurs (exchange rate), unterschieden werden. Diese liegen nicht immer auf dem gleichen Niveau. Entscheidend ist letztendlich für die Alltagswirtschaft der Binnenwert. Er markiert bei Produkten des Alltags das Ausmaß der Preissteigerung.

2. Pfarrchronik von Meerholz

Wie sich die Inflation auf die Situation vor Ort auswirkte, darüber geben Pfarr- und Schulchroniken wie die Aufzeichnungen des Pfarrers von Meerholz, Lorenz Kohlenbusch, Auskunft.⁵ Dass die Inflation eher schleichend begann, belegt die Anschaffung der Glocken für die Schlosskirche in Meerholz. Die beiden großen aus dem 19. Jahrhundert stammenden Glocken waren im Juli 1917 aus dem Glockenstuhl entfernt⁶ und zu Rüstungszwecken eingeschmolzen worden. Unmittelbar nach dem Krieg machte sich Ortspfarrer Kohlenbusch daran, die Glocken neu zu beschaffen. 30.000 Mark für die kleine Glocke sollte durch das ysenburgisch-meerholzer Grafenhaus finanziert werden. Die große Glocke, die von der Bürgerschaft bezahlt werden sollte, wurde mit 50.000 Mark kalkuliert. Diese Zahl findet sich auf einem Spendenaufruf vom Dezember 1920,⁷ nachdem die Kirchengemeinde mit der Glockengießerei Ulrich in Apolda am 26. November 1920 einen Vertrag in dieser Höhe abgeschlossen hatte.⁸ Nachdem es infolge der Unruhen des Jahres 1921 zu Lieferverzögerungen kam,⁹ konnten die Glocken erst im Juli 1922 geliefert werden. Kohlenbusch berichtet,

2 Vgl. TEUPE: Zeit (wie Anm. 1), S. 17–35.

3 Vgl. Heinz-Dieter SMEETS: Preisniveaustabilität, in: Rolf H. HAASE, Hermann SCHNEIDER und Klaus WEIGELT (Hg.): Lexikon Soziale Marktwirtschaft. Wirtschaftspolitik von A bis Z, Paderborn 2002, S. 337.

4 Vgl. Art. »Wechselkurs«, in: Gablers Wirtschafts-Lexikon. Bd. 6: U–Z, Wiesbaden, 11. Aufl. 1984, Sp. 2168.

5 Meerholz mit seinem pfarramtlich verbundenen Nachbarort Hailer liegt im Kinzigtal und gehörte seit 1866 zum Kreis Gelnhausen im südlichen Bereich des preußischen Regierungsbezirkes Kassel der Provinz Hessen-Nassau. Das 1806 mediatisierte Grafenhaus Ysenburg-Meerholz nahm jedoch vor Ort noch großen Einfluss wahr. Vgl. Michael LAPP (Bearb.): Chronik der Pfarrer und Kirchengemeinde Meerholz geführt von Lorenz Kohlenbusch 1896–1932 (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte 180), Darmstadt u. a. 2019, S. 12 ff.

6 Vgl. LAPP: Chronik (wie Anm. 5), S. 138 f.

7 Vgl. LAPP: Chronik (wie Anm. 5), S. 31.

8 Vgl. LAPP: Chronik (wie Anm. 5), S. 157.

9 Vgl. LAPP: Chronik (wie Anm. 5), S. 167. Diese Ausführung Kohlenbuschs ist ungenau und deutet darauf hin, dass er diesen Eintrag mit größerem zeitlichen Abstand notiert hat. Der vermutlich bei der Aussage Kohlenbuschs im Hintergrund stehende Streik in Thüringen fand bereits im Frühjahr 1921 statt. Am 21. März 1921 rief die KPD schwerpunktmäßig in Mitteldeutschland zu Streiks auf. Die »Märzaktion« wurde aber bereits am 1. April 1921 blutig niedergeschlagen. Der Ausnahmezustand

dass es ihm gelang, die Rechnung auf 118.060 Mark zu reduzieren, was aber dennoch eine Preiserhöhung um das beinahe zweieinhalbfache bedeutete.¹⁰ Wie er die viel höhere Summe begleichen konnte, darüber schweigt die Chronik. Eine Spende aus den USA (siehe unten) gibt den Hinweis darauf, dass er für die Begleichung der Rechnung ein Darlehen aufgenommen haben könnte.

Kohlenbusch hält sich – anders als in vielen Schulchroniken – mit der Darstellung der Teuerungsraten anhand von Beispielen des täglichen Konsums zurück. Er nimmt eher die Gehaltssituation in den Blick. Für Anfang Februar 1921 gibt er sein Gesamtjahresgehalt mit 25.272 Mark an.¹¹ Er ist verheiratet und Vater von sechs Kindern, von denen sich zu dieser Zeit noch drei in der Ausbildung befinden. Kohlenbusch vermerkt die hiermit verbundenen finanziellen Schwierigkeiten: *Das so erreichte mehr als 4fache des Pfarrergehaltes in Friedenszeiten reicht für kinderreiche Familien gerade hin, um die allernotwendigsten Lebensbedürfnisse zu bestreiten, die im Preis um das 10, 15, 20 und mehrfache des Friedenspreises gestiegen sind.* Ein Jahr später, mit Datum vom 16. März 1923, schreibt er, dass das Diensteinkommen des Pfarrers für das zurückliegende Jahr (1.4.1922–31.3.1923) auf 898.513 Mark festgesetzt wurde.¹² Weitere Hinweise bezüglich der Besoldung finden sich nicht, jedoch ist klar, dass der angegebene Betrag für das nächste halbe Jahr nicht ausgereicht hat. Die Inflation erreichte erst ein halbes Jahr später, am 15. November 1923, ihren Höhe- und gleichzeitigen Endpunkt.

Neben der Entwicklung seines Gehalts widmet sich Kohlenbusch den Besoldungen der Bediensteten der Kirchengemeinde. Mit Datum vom 2. April 1922 vermerkt er, dass der Kirchendiener (offensichtlich rückwirkend zum 1. Oktober 1921) statt 200 nunmehr 1.000 Mark (jährlich) erhielt. Sein für die Besorgung der Kirchenheizung und das Gebetsläuten zuständiger Kollege bekam je Dienst statt 75 Mark nunmehr jeweils 250 Mark.¹³ Sie erhielt damit nun nominell mehr als das Drei- bzw. Fünffache.

In einem von Kohlenbusch mit Datum vom 29. April 1923 geschilderten Fall kommen zwei Faktoren zum Tragen. Zum einen spielt der Außenwert der Reichsmark eine Rolle und zum andern wird deutlich, wie die Gremien der Kirchengemeinde die Situation völlig unterschätzten. Die Kirchengemeinde erhielt von dem nun in den USA lebenden, aus Meerholz stammenden Kaufmann Louis Knauf eine Schenkung in Höhe von fünf Dollar¹⁴, die – offensichtlich als Wunsch des Spenders – zur Tilgung der Glockenanschaffung verwendet werden sollte. Sie wurden im Kurs zu 40.000 Mark umgetauscht, was in etwa dem Wechselkurs von Januar 1923 entspricht. Allerdings folgte das Presbyterium nicht dem Wunsch des Spenders zur Tilgung der Schulden. So schreibt Kohlenbusch resigniert und mit etwas zeitlichem Abstand: *Das Presbyterium beschließt leider, diesen Betrag von 200000 M als Fonds für die*

blieb noch bis September 1921 bestehen. Vgl. Heinrich August WINKLER: Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 153 f.

10 Vgl. LAPP: Chronik (wie Anm. 5), S. 174.

11 Vgl. LAPP: Chronik (wie Anm. 5), S. 160 f.

12 Vgl. LAPP: Chronik (wie Anm. 5), S. 176

13 Vgl. LAPP: Chronik (wie Anm. 5), S. 174

14 Fünf Dollar entsprachen etwas mehr als dem durchschnittliche Tagesverdienst in den USA von 1920. Vgl. U.S. DIPLOMATIC MISSION TO GERMANY: Zahlen & Fakten: Einkommen und Preise 1900–1999, 2004, <https://usa.usembassy.de/etexts/his/e_g_prices1.htm> (abgerufen 16.12.2023).

*Kirchendienstbesoldung des I. Lehrers in Meerholz bei der hiesigen Spar- und Darlehnskasse verzinslich anzulegen. Durch die lawinenartig fortschreitende Geldentwertung ging die Kapitalanlage verloren.*¹⁵

Kohlenbusch hält sich insgesamt mit der Schilderung der Versorgungslage nach Ende des Weltkrieges auffallend zurück. Das dürfte sicherlich seinen Grund darin haben, dass die Menschen in seiner immer noch dörflich strukturierten Gemeinde aufgrund von kleinen Landwirtschaften und Gärten zur Selbstversorgung keinen wirklichen Hunger leiden mussten.¹⁶

Die Inflation führte zur Notwendigkeit des Naturalhandels. Handwerkerleistungen, bei denen zwischen Leistungserbringung und Rechnungstellung ein zeitlicher Abstand bestand, mussten unmittelbar, im Voraus oder mit Naturalien bezahlt werden. Dass davon auch das Abendmahlbrot betroffen sein konnte, kann man der Pfarrchronik entnehmen. So schreibt Kohlenbusch in einem Nachtrag für 1923:

*Spenden von Weißmehl zum Abendmahlbrot. Da der Bäcker das Brot zum Abendmahlgebrauch nur dann liefern kann, wenn ihm von der Kirchengemeinde Weißmehl zur Verfügung gestellt wird, werden die Landwirte in Meerholz und Hailer gebeten das Mehl zur Verfügung zu stellen. 25 Pfund erforderlich, die auch zusammenkamen. Ebenso im Jahre 1924.*¹⁷

3. Schulchroniken

Die Schulchroniken der beiden Orte Hailer und Meerholz¹⁸ sind in völlig unterschiedlichen Stilen verfasst. Es gab offensichtlich keine formalen Vorgaben. Die Hailerer Schulchronik vermerkt schwerpunktmäßig formale und rechtliche Aspekte.¹⁹ So erwähnt der Lehrer Jakob Knöll die Größe der Abgangsklassen und die Zugänge. Einen gewissen Schwerpunkt stellten die durch den staatlichen Schulrat durchgeführten Schulrevisionen dar. Politische bzw. wirtschaftliche Entwicklungen finden keinen Niederschlag. Ganz anders verhält es sich bei der Schulchronik im benachbarten Meerholz. Der Lehrer Karl Zeller schreibt ausführlicher. So nennt er nicht nur die Zahl der Schulabgänger, sondern vermerkt auch deren

15 LAPP: Chronik (wie Anm. 5), S. 176. Zur Entwicklung des Wechselkurses Mark-Dollar vgl. Hermann BENTE: Die deutsche Währungspolitik von 1914–1924, in: Weltwirtschaftliches Archiv 25/1, 1926, S. 134.

16 Vgl. zu diesem Thema: Herbert VETTER: Wie der preußische Kreis Gelnhausen vom Ende des Ersten Weltkrieges betroffen wurde – Eine Auswertung des Kreis-Blattes von Januar 1917 bis März 1919, in: Gelnhäuser Heimat-Jahrbuch 2018, S. 34–39.

17 LAPP: Chronik (wie Anm. 5), S. 177.

18 Archiv der Ysenburg-Schule Hailer-Meerholz: Schulchronik der Gemeinde Hailer (Transkription Anna Sanz Salellas); Archiv der Ysenburg-Schule Hailer-Meerholz: Schulchronik der Gemeinde Meerholz (Transkription Anna Sanz Salellas). Hailer und Meerholz gehören seit der Gebietsreform in den 1970er-Jahren zur Stadt Gelnhausen. Pfarramtlich sind beide Orte in einer Kirchengemeinde vereinigt. Schulorganisatorisch waren die Schulen der beiden Orten bis in die 1960er-Jahre nicht miteinander verbunden.

19 Die zurückhaltend geführte Chronik könnte auch darin begründet sein, dass der Hailerer Lehrer Jakob Knöll zum 1. April 1922 in den Ruhestand trat und daher die Chronik eher sporadisch geführt wurde. Vgl. LAPP: Chronik (wie Anm. 5), S. 173.

Namen. Neben den schulinternen Informationen bezüglich Schulabgängern, Klassengrößen und Ausflügen widmet sich der Chronikschreiber ausführlich der wirtschaftlichen Situation bzw. konkret der galoppierenden Inflation. Als aufschlussreiches Dokument der Inflationszeit finden sich in der Schulchronik Listen, die die Preisentwicklung dokumentieren. Bereits im April 1919 vermerkt er erstmals die Preiserhöhung für die Fahrkarten der Deutschen Reichsbahn. So stieg der Preis für eine Fahrt in das rund vier Kilometer entfernte Gelnhausen von 5 Pfennige in der IV. Klasse auf 15 Pfennig. Bis zum 29. Februar 1920 kostet das Billet 25 Pfennig, ab 1. März 1920 45 Pfennige und im Sommer 50 Pfennige, am 20. Oktober 1923 schließlich 90.000.000 Mark. In einer Tabelle vergleicht er die Preise von Juni 1919 mit denen des Jahres 1920: Ein Ferkel, das er möglicherweise zur Selbstversorgung erstanden hatte, verteuerte sich von 140 Mark auf 250 Mark, 1 Pfund Butter von 15–20 Mark auf 25 Mark und ein Ei von 60 Pfennig – 1 Mark auf 1,50–2 Mark. Es handelt sich immerhin um eine Vertéuerung um 100 Prozent innerhalb eines Jahres für Grundnahrungsmittel. Für den Lehrer als Gehaltsempfänger stellt diese Teuerung ein Problem dar. Schon 1919 bekam er die Auswirkungen der prekären Versorgungslage zu spüren. So schreibt Zeller im Eintrag vom 17./18. Juni 1919:

Sehr knapp ist zur Zeit die Milch. Meine 5 köpfige Familie bekommt ein über den anderen Tag 1 l. Was ist überhaupt nicht knapp?! Und was bezahlte ich am 18. Juni 1919 für 1 l? Eine Mark nahm man. Mit Fett wird es eben etwas besser. Am 17. Juni hatte die Gemeinde soviel Fett – aus(schließlich) Schmalz – zur Verfügung, daß sie es gar nicht alles verkaufen konnte. Freilich war der Preis sehr gepfeffert: 16,50 M zahlte man.²⁰

Bezeichnend ist, dass die Gemeinde hier als Verkäufer auftritt, marktwirtschaftliche Mechanismen waren außer Kraft gesetzt, es ging letztendlich um das Überleben der Bevölkerung. Dass der Staat sich bemühte, die Preise zu beeinflussen, zeigt ein Eintrag vom 7. Juni 1920: *Vom 7. Juni 1920 ab kostet 1 l Milch eine Mark u. 80 Pfennige. Dieser Preis wurde, weil Beschwerden kamen, auf 1,50 M herabgesetzt [...].* Allerdings deutet der Chronist auch an, dass es Krisengewinner gibt, ebenfalls unter dem Datum vom 17./18.6.1919 schreibt er:

Das Heuwetter war ganz ausgezeichnet. Leicht bekamen die Landwirte das Heu nach Hause. Gute Geschäfte machte die Gemeinde bei der Wiesenverzinsung. Wiesen, die man 1918 noch mit 50 M zinsen konnte, kosten 1919 bis 300 M. Manchem Landwirt ist es eine Kleinigkeit, solche Preise zu bezahlen. Sind doch die Einnahmen entsprechend.

So schwierig die finanzielle Situation unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkriegs auch war, das Jahr 1923 stellte Zeller vor finanziell viel größere Probleme. Aus seinen Eintragungen ist die ungemeine Preisentwicklung für Grundnahrungsmittel und Dinge des täglichen Bedarfs ersichtlich. Einige Beispiele seien hier aufgeführt: Der Preis für Rindfleisch vervierfachte sich zunächst vom 16. Februar 1923 von 3200–3400 Mark pro Pfund auf 14.000 Mark am 21. Juni 1923. Mit Beginn der Sommerferien am 14. Juli lag der Preis bei 40.000 Mark. Er steigt binnen drei Monaten bis zum Höhepunkt der Inflation auf 6.000.000.000

20 Es fehlt die Mengenangabe. Vermutlich handelt es sich um 500 Gramm; vgl. den Preis von Butter.

Mark um das 1.500.000fache. Der Preis für 1 Liter Milch lag am 16. Februar bei 460–500 Mark, am 14. Juli bei 3.600 Mark und am 25. Oktober bei 1.995.000.000 Mark. Interessant gestaltete sich die Preisgestaltung bei der Lokalzeitung, dem Kreisblatt. Im Abonnement wurde der Betrag im Voraus entrichtet. Dies war nun aber nicht mehr praktikabel, so dass die Laufzeit der Preise immer mehr verkürzt wurde. Am 2. Juni kostete der Bezug der Zeitung 4.000 Mark im Monat, am 20. August wurde der Preis für einen halben Monat auf 900.000 Mark festgesetzt und am 16. Oktober kostete das Kreisblatt für eine Woche 550.000.000 Mark.

Trotz der Krise ließen es sich die Menschen nicht nehmen, auch zu feiern. So fanden in beiden Orten im Jahre 1923 Kirchweih-Feiern statt. Im September wurde die Kirchweih in Meerholz gefeiert. Hier betrug der Preis für ein »Tanzbändchen«²¹ 4.000.000 Mark, einen Monat später bei der Kirchweih in Hailer hatte sich das »Tanzbändchen« auf 40.000.000 Mark verzehnfacht.

Zeller führt letztmalig für den 25. Oktober 1923 Preise auf. Ab 15. November wurde mit der Rentenmark eine neue Währung ausgegeben. Der Wechselkurs des Dollars wurde von 4,2 Bill. Mark auf 4,20 Rentenmark umgestellt und erhielt damit das Vorkriegsverhältnis.²²

4. Die Besoldungssituation bei Lehrern

Zeller schweigt diskret über seine eigene finanzielle Situation. Als Lehrer und Familienvater wird er einen eigenen Garten und ein Mastschwein (siehe oben) gehabt und von Dorfbewohnern hin und wieder mit Naturalien versorgt worden sein. Gleiches gilt prinzipiell für den Pfarrer.

Die Geldentwertung stellte aber auch die Verwaltung vor große Herausforderungen. Preußen führte zum Höhepunkt der Inflation am 1. August 1923 eine eigene Publikation ein, das »Preußische Besoldungsblatt«, in dem als Teil II des »Finanz-Ministerial-Blattes« ausschließlich Besoldungsrichtlinien veröffentlicht wurden. Die Formulierungen der Verfügungen lassen erkennen, unter welchem zeitlichen Druck die Verfügungen herausgegeben und welche Kommunikationswege genutzt wurden, wie die folgende Passage aus der Ausgabe Nr. 4 des Besoldungsblattes von Samstag, dem 18. August 1923, belegt:

Vf.d. FM., zugl. i. N. des MinPräs. u. sämtl. Staatsmin. V. 16.8.1923, betr. Zahlung zum Ausgleich der herrschenden Teuerung an alle Beamte, Volksschullehrpersonen, Ruhegehaltsempfänger, Wartegeldempfänger und Hinterbliebenen (bes. 2848, Lo 2115). Brieftelegramm! Zum Ausgleich der herrschenden Teuerung ist unbeschadet der für die zweite Hälfte des Monats August 1923 zu treffenden Regelung an alle Beamten, Volksschullehrpersonen (...) mit äußerster Beschleunigung eine Zahlung in Höhe des vierfachen Betrages der auf Grund des Runderlasses v. 10.8.1923 (...) zuständigen Nachzahlung bar zu leisten (...). Allen vollbeschäftigten Angestellten der Preuß. Staatsverwaltung ist für den Monat August 1923 s o f o r t eine weitere außerordentliche

21 »Tanzbändchen« oder »Tanzgroschen« wurden zur Finanzierung der Tanzveranstaltung erhoben. Die Einnahmen wurden u. a. zur Bezahlung der Musiker verwendet.

22 Vgl. WINKLER: Weimar (wie Anm. 9), S. 237 f.

*Abschlagszahlung in Höhe des 90fachen Betrages der Grundeinheit (...) zu zahlen. (...) An die nachgeordneten Behörden sämtlicher Zweige der preußischen Staatsverwaltung.*²³

Man kann dieser Verfügung entnehmen, wie Regierungsstellen darum bemüht waren, den auf Gehaltszahlung angewiesenen Staatsbediensteten die notwendigen Zahlungen zukommen zu lassen. Das Verfahren musste beschleunigt werden. So wurde die Verfügung mit Herausgabe unverzüglich per Telegramm an alle staatlichen Stellen versandt. Das Geld sollte in bar ausgezahlt werden, um es sofort umsetzen zu können. Die Veröffentlichung im Besoldungsblatt dient dem Einhalten der formalen Vorgaben, erfolgte aber bei Zustellung mit etwa einer Woche Verzögerung. Dass eine eher formalistisch zu verstehende Verfügung geradezu mahnend darauf hinweist, dass die Zahlung »mit äußerster Beschleunigung« bzw. »sofort« zu erfolgen hat, unterstreicht die Dramatik der Situation.

Zum Höhepunkt der Inflation im November 1923 wurden die Zahlungen wöchentlich mittels Messzahl festgesetzt, diese betrug am 3. November 1923 6.093.000 pro Monat.²⁴ Die Zahlung wurde auf jeweils einen Tag genau festgesetzt,²⁵ eine Zahlung zu einem früheren Zeitpunkt wurde ausdrücklich untersagt. Allerdings deutete sich eine Änderung an. Im Runderlass vom 3. November 1923 wird auf die Möglichkeit der Auszahlung *in wertbeständigen Mitteln* hingewiesen.²⁶ Darauf wurde auch im Rundschreiben vom 12. November 1923 nochmals ausdrücklich verwiesen. Da die Währungsumstellung zum 16. November erfolgen sollte,²⁷ wurde bereits Vorsorge getroffen. Das am 1. Dezember 1923 in Kraft getretene *Gesetz zur Abänderung des Volksschule-Diensteinkommengesetzes, Ruhealts- und Hinterbliebenenfürsorgegesetzes* führt dann wieder die Beträge in Goldmark (!) auf.

Zeller als in Gruppe 1 befindlicher Lehrer der höchsten Stufe erreichte als Grundgehalt im Jahre 1920 9.300 Mark zuzüglich des Ortszuschlags D (Meerholz) in Höhe von 2.200 Mark. Mit der Einführung der Rentenmark erhielt er in der höchsten Stufe lediglich noch 1.860 Mark Grundgehalt, also nominell genau 20 Prozent des Gehaltes von drei Jahren zuvor. Die Höhe der Beträge der Diensteinkommen entsprachen damit quasi der des Vorkriegsniveaus.²⁸ Damit deutete der Staat an, wie er die Funktion der neuen Währung verstand: Das Geld sollte möglichst knapp gehalten werden.

23 Preußisches Besoldungsblatt Nr. 4 vom 18. August 1923, S. 31.

24 Das Gesetz über das Diensteinkommen der unmittelbaren Staatsbeamten vom 17. Dezember 1920 (Preußische Gesetzsammlung Nr. 12, 1921, S. 135) sah ausdrücklich in § 18, Absatz 1 Ausgleichzuschlag *zur Anpassung an die Veränderungen in der allgemeinen Wirtschaftslage* vor. Absatz 2 regelte, dass der Ausgleichzuschlag *erstmalig durch den Staatshaushaltsplan auf einen für alle im Abs. 1 genannten Bezüge gleichen Hunderteil, und zwar auf fünfzig von Hundert festgesetzt wird*. Die letztmalige Festlegung erfolgte für das 3. Monatsviertel November (16.–23. November 1923). Der Faktor betrug für eine Woche 7.500.000. Preußisches Besoldungsblatt Nr. 43 vom 14. November 1923, S. 169.

25 Für das 3. Monatsviertel im September 1923 war es der 19.9.1923. Preußisches Besoldungsblatt Nr. 16 vom 17. September 1923, S. 74.

26 Preußisches Besoldungsblatt Nr. 39 vom 3. November 1923, S. 39.

27 Vgl. TEUPE: *Zeit* (wie Anm. 1), S. 250 f.

28 Die Verordnung vom 24. November 1923 legte das jährliche Grundgehalt der Gruppe I (Berufsanfänger Lehrer) auf 1.380 Goldmark fest. Preußisches Besoldungsblatt Nr. 56 vom 13. Dezember 1923, S. 223). Über 14 Jahre zuvor betrug lt. preußischem Gesetz über das Diensteinkommen der Lehrer und Lehrerinnen

5. Fazit

Die galoppierende Geldentwertung war nach dem verlorenen Krieg und der schwierigen Versorgungslage die nächste große Herausforderung der jungen Weimarer Republik. Die Chroniken ermöglichen einen allerdings nur eingeschränkten Blick auf die wirtschaftliche Situation des Jahres 1923 im Kinzigtal. Das mag vor allem daran liegen, dass die reine Versorgungslage in den beiden Dörfern noch erträglich gewesen sein dürfte. Alle – einschließlich der Gehaltsempfänger, für die Pfarrer und Lehrer exemplarisch stehen – dürften durch Garten und Aufzucht von Tieren genügend Lebensmittel gehabt haben, um die Versorgung der Familie zu gewährleisten. Da war das Leben auf dem Land von Vorteil. Sicherlich wird es auch die eine oder andere Naturalgabe gegeben haben, was sich in der Pfarrchronik hinsichtlich der Mehlspende andeutet. Während der Pfarrer über die Krisengewinner schweigt, lässt der Lehrer durchblicken, dass die Geldentwertung für bestimmte Berufsgruppen auch Vorteile besaß. So sind Bauern als Landbesitzer seiner Meinung nach im Vorteil. Dass auch diese mit den sich ständig erhöhenden Preise zu kämpfen hatten, hatte er jedoch nicht im Blick. Dabei erkennt er sicherlich richtig, dass Eigentümern von Grund, Boden und Immobilien die Teuerung nicht so viel ausmachte. Gehaltsempfänger, die bestenfalls einen geringen Teil sparen konnten, verloren nun auch ihr Ersparnis. Die Einführung der Rentenmark und die Aufgabe des Ruhrkampfes stabilisierten die fiskalische Situation wieder. Das Trauma der Inflation hat sich allerdings ins kollektive Gedächtnis eingebrannt und dürfte auch aktuell weiterhin im Bewusstsein vieler Teile der Bevölkerung sein.

Analog der Pfarrchronik findet sich keine Reflexion der politischen Gesamtsituation in den Schulchroniken. Die krisenhaften und dramatischen politischen Geschehnisse des Jahres 1923 finden keinerlei Niederschlag in den Darstellungen des Pfarrers und der Lehrer. Berlin und München waren eben doch weit weg und man war jeden Tag damit beschäftigt, sein eigenes Überleben zu bewerkstelligen.

nen an den öffentlichen Volksschulen vom 26. Mai 1909 das Grundgehalt 1.400 Mark für Lehrer und 1.200 Mark für Lehrerinnen. Preußische Gesetzsammlung Nr. 11 vom 28. Mai 1909, S. 93.